



**Europäischer Ausschuss
der Regionen**

Der Präsident

INTERNATIONALER DRESDEN DIALOG
DEMOKRATIE UND SOZIALEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN
DRESDEN
2. OKTOBER 2017, 14:15
KARL-HEINZ LAMBERTZ

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

Einleitung

Lieber Oberbürgermeister Hilbert,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, auch in diesem Jahr im Oktober wieder nach Dresden eingeladen zu sein. Auf den Tag genau vor einem Jahr habe ich hier auf Einladung von Minister Dulig am Vorabend des Tages der deutschen Einheit an einer europapolitischen Debatte teilgenommen, die mich sehr begeistert hat. Seit vielen Jahren kenne ich Herrn Hilbert aus der gemeinsamen Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) und schätze seine aktive Rolle in der Euroregion Elbe/Labe. Den „International Dresden Dialogue“ dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und seiner Bedeutung für die Demokratie zu widmen, ist eine großartige Idee. Ich hoffe, dass wir 2025 die 9. Ausgabe dieses Dialogs als einen der Höhepunkte des Programms erleben werden, das Dresden dann als europäische Kulturhauptstadt veranstalten wird.

Gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse zum Tag der Deutschen Einheit im letzten Jahr in Dresden und auch im Hinblick auf die Ergebnisse der Bundestagswahl, vor allem in Sachsen, ist unser Thema heute wichtiger und aktueller denn je.

Demokratie und soziale Kohäsion sind untrennbar miteinander verbunden. Soziale Kohäsion ist die Basis für eine stabile Demokratie. Soziale Kohäsion bedeutet, ein Gefühl gemeinsamer Zugehörigkeit zu schaffen. Und nur Bürger, die sich zugehörig fühlen, werden sich aktiv in Entscheidungsprozesse einbringen und sich nicht von Populismus verführen lassen.

Hintergrund

Die letzten Jahre waren in Europa geprägt von einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krise und auch von einer Identitätskrise, wie wir sie seit der Gründung der Europäischen Union noch nicht erlebt haben. In Dresden hat sich diese Krise in der PEGIDA-Bewegung kristallisiert.

Auch heute ist die Krise noch nicht überwunden. Trotz einiger positiver wirtschaftlicher Zeichen liegt in Spanien die Arbeitslosigkeit bei 18 %, in Griechenland die Jugendarbeitslosigkeit bei beinahe 50 %. Im Jahr 2015 waren 119 Millionen Europäer von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, das sind 23,7 % der Bevölkerung. Auch in Deutschland hat der Armutsbericht 2017 gezeigt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht so bald schließt.

Angesichts dieser wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und der noch weit darüber hinausgehenden Abstiegsängste hat ein Teil unserer Bürger den Glauben an eine bessere Zukunft verloren und wendet sich ab von Europa, das neben den nationalen Entscheidungsträgern für die befürchtete Verschlechterung der Lebensverhältnisse verantwortlich gemacht wird. Dabei

ist es in Wirklichkeit genau umgekehrt. Wenn wir die Chancen auf eine bessere Zukunft bewahren wollen, müssen wir das Scheitern des europäischen Projektes verhindern.

Versprechen Europa

Keine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lässt sich mit einer rein nationalen Herangehensweise lösen, sei es Frieden, Klimawandel, Ressourcenknappheit, demografischer Wandel oder Jugendarbeitslosigkeit: Um sich diesen Herausforderungen zu stellen, ist Europa vielleicht nicht der einzig mögliche, aber meiner Überzeugung nach der einzig wünschenswerte Weg.

Wir müssen den Menschen den Mehrwert Europas deutlich machen. Es braucht konkrete Taten mit positiven Auswirkungen für die Europäer. Oft dient Europa als Sündenbock, scheint weit weg und abstrakt, ruft Misstrauen und Fragen nach der Legitimität hervor. Und damit kommen wir zur Rolle der Regionen und Städte in Europa.

Neuer Elan aus den Regionen

70 % der EU-Rechtsvorschriften haben entweder einen direkten Einfluss auf die regionale Ebene oder werden von dort umgesetzt. Wir, Bürgermeister und Mandatsträger der Regionen, sind die europäischen Akteure, die an vorderster Front stehen. Aber wir müssen uns auch als solche begreifen. Europa, das ist nicht in erster Linie Brüssel, Straßburg oder Luxemburg. Europa, das sind die Städte und Regionen, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften.

Ob es nun um Investitionskapazitäten, Bildung, Integration, Umweltschutz, Sicherheit, Innovation, Partnerschaften über die Grenzen der Union hinweg oder eines der vielen anderen Themen geht – wir sind immer gefragt.

Daher müssen die lokale und regionale Ebene ständig in die Planung wie auch die Umsetzung der europäischen Politik eingebunden werden. Das ist die Rolle des Ausschusses der Regionen: Den Städten und Regionen in Brüssel Gehör verschaffen.

Neueste Eurobarometer-Daten zeigen: Unsere Bürger bringen der regionalen Ebene mehr Vertrauen entgegen als allen anderen Regierungsebenen – mit einem Durchschnitt von 51 % ist das Vertrauen in die regionale Ebene höher als in die europäische mit 42 % und die nationale mit 37 %. In Deutschland sind die Zahlen noch deutlicher: der europäischen Ebene vertrauen 47 %, der nationalen 59 % und der lokalen und regionalen 76 %. Das ist mit Sicherheit nicht zuletzt der föderalen Struktur Deutschlands geschuldet.

Ein neuer Impuls für Europa und seine Legitimität kann also nur gemeinsam mit den Regionen entstehen. Europa findet vor Ort statt. „I am Europe“ muss unser Leitspruch werden. Wir sollten nicht nur über die Zukunft der EU, sondern viel mehr über die Zukunft ihrer Bürger sprechen.

Im AdR haben wir das Projekt „Nachdenken über Europa“ gestartet. Diese Initiative organisiert Bürgerdialoge in den Regionen. Wir müssen zuhören. Seit März 2016 haben wir bereits über 135 Debatten in 20 Mitgliedstaaten organisiert. Dabei wurde immer wieder Arbeitslosigkeit als eine der hauptsächlichen Herausforderungen genannt.

Investitionen

Populismus ist nicht nur ein Problem von Kommunikation, sondern ein Problem von Investition.

Die europäische Ambition muss von einer finanziellen Ambition begleitet werden. Heute kostet Europa jeden Europäer eine Tasse Kaffee am Tag. Wir können darüber nachdenken, dem ein Croissant hinzuzufügen. Es kann auch eine Thüringer Wurst oder ein sächsischer Christstollen sein. Als Belgier bin ich allerdings eher für eine Portion Fritten.

Was ich sagen will, ist, dass in den Gründungsverträgen die Förderung eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts als wesentliches Ziel der Union festgeschrieben ist. Um Mehrwert zu demonstrieren, muss Europa auch sein Versprechen sozialer Verbesserungen verwirklichen, die es seit mehr als 60 Jahren in sich trägt. Zurzeit muss ich aber leider feststellen, dass die soziale Komponente der EU nicht gerade eine Priorität ist.

Dies zur Priorität zu machen, dafür möchte ich mich während meines Mandats als Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen einsetzen. Daher greife ich gerne die diesbezüglichen Anregungen auf, die der französische Staatspräsident in seiner Sorbonne-Rede formuliert hat, und ich hoffe, dass der Göteborger Sozialgipfel am 17. November 2017 konkrete Ergebnisse hervorbringen wird. Wie dringend nötig das wäre, möchte ich mit einem Zitat aus der bemerkenswerten Rede belegen, die der damalige luxemburgische Premierminister und heutige Kommissionspräsident im Mai 2006 anlässlich der Verleihung des Karlspreises in Aachen hielt. Er sagte damals: „Wenn es uns nicht gelingt, in den nächsten 10 Jahren die erfolgreiche Wirtschaftsunion um eine solide Sozialunion zu erweitern, dann wird Europa scheitern.“

Städte und Regionen, welche 2/3 der gesamten öffentlichen Investitionen in Europa tätigen, brauchen die nötigen Mittel, um in eine gerechte und solidarische Zukunft der gesamten EU investieren zu können und so die Voraussetzungen für soziale Kohäsion zu schaffen.

Deshalb setzt sich der Ausschuss der Regionen für eine starke Kohäsionspolitik ein. Sie ist mit all ihren Dimensionen, der ökonomischen, sozialen und territorialen, ein Wesensmerkmal der Union, sozusagen die DNA und fest in den Europäischen Verträgen verankert. Sie in Frage zu stellen, indem sie geschwächt, ausgedünnt oder an sachfremde Bedingungen geknüpft wird, wäre deshalb wirklich nicht sinnvoll.

Kohäsionspolitik ist das Instrument für europäische Solidarität. Diese Politik muss bewahrt werden, da sie Arbeitsplätze schafft und es ermöglicht, Infrastrukturen und so vieles andere zu errichten, das die Europäer dringender brauchen denn je. Ganz konkret konnten dank der Kohäsionspolitik beispielsweise 5 000 km Straßen und 1 500 km Schienennetz gebaut werden und 6 Millionen Europäer Zugang zu besserem Trinkwasser erhalten. Zigtausende Ausbildungen, Umschulungen, Existenzgründungen und gesellschaftlich wertvolle Dienstleistungen wurden durch die Kohäsionspolitik ermöglicht, insbesondere auch im strategisch wichtigen Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Eine Union ohne Kohäsionspolitik ist nicht das Europa, das wir wollen.

Der AdR hat gemeinsam mit den Europäischen Regionalverbänden die strategische Initiative „#Cohesion Alliance“ geschaffen, die genau dies vertritt. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie als Bürgermeister und Vertreter sonstiger Gebietskörperschaften dieser Initiative beitreten und sich gemeinsam mit uns für eine starke Kohäsionspolitik einsetzen.

Wir müssen es wagen, das zu verwirklichen, was die Gründerväter der Union im Sinn hatten. Wir brauchen nicht nur ein wirtschaftlich erfolgreiches, sondern auch ein Europa, das voll und ganz den Zielen der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts verpflichtet ist. Nur so können wir es schaffen, Populismus und Nationalismus zurückzudrängen und ein friedliches, solidarisches Europa schaffen, das fest in seinen Städten und seinen

Regionen verwurzelt ist und sich durch ein hohes Maß an gesellschaftlichem Zusammenhalt auszeichnet. Wir brauchen – um mit den Worten des ehemaligen deutschen Bundespräsident Joachim Gauck zu sprechen – mehr Mut für Europa, keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger, nicht Zauderer, sondern Zupacker, nicht Getriebene, sondern Gestalter.